

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:363166-2016:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Jesteburg: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2016/S 201-363166**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Waldklinik Jesteburg Aldag GmbH & Co. KG
Kleckerwaldweg 145
Jesteburg
21266
Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Dr. Hans-Heinrich Aldag
E-Mail: aldag@waldklinik-jesteburg.de
NUTS-Code: DE933
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.waldklinik-jesteburg.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.drost-consult.de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459
Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Johanna Stubbs
Telefon: +49 4036098421
E-Mail: j.stubbs@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.drost-consult.de>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:
D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459

Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Johanna Stubbs
Telefon: +49 4036098421
E-Mail: j.stubbs@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.drost-consult.de>

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Andere: Krankenhaus/Rehabilitationszentrum
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Erweiterung der Abteilung für Neurologische Frührehabilitation und die weiterführenden Rehabilitationsphasen der Waldklinik Jesteburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Waldklinik Jesteburg ist ein integriertes Zentrum für Rehabilitation, in dem von der Krankenhausbehandlung der neurologischen Frührehabilitation über die weiterführende neurologische Rehabilitation, der orthopädischen Rehabilitation bis zu ambulanten Leistungen das gesamte Spektrum der Rehabilitation dieser Indikationsbereiche angeboten wird. Die Klinik verfügt über 164 stationäre Betten sowie 25 Plätze für die ganztägig ambulante Rehabilitation und Kapazitäten für die ambulanten Einzelbehandlungen in allen Therapiebereichen.

Zu vergebenden Leistungen:

— Leistungsphase 1 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI teilweise,

Anlagengruppen 1 bis 8 gem. § 53 HOAI;

— Leistungsphasen 2 bis 4 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI,

Anlagengruppen 1 bis 8 gem. § 53 HOAI;

— Leistungsphasen 5 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI,

Anlagengruppen 1 bis 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch festzulegenden Stufen).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 490 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE933
Hauptort der Ausführung:
Jesteburg.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Beim Krankenhausbereich der Neurologischen Frührehabilitation Phase B handelt es sich um eine in den letzten Jahrzehnten mit erheblichem Aufwand in dafür spezialisierten Abteilungen aufgebaute, eigenständige Behandlungsart für Patienten mit schwersten Beeinträchtigungen nach Unfällen, Schlaganfällen, Hirnblutungen, Sauerstoffmangelschäden, Hirnhautentzündungen, Querschnitt- und Guillain-Barré-Syndromen sowie anderen Erkrankungen des Nervensystems. Für diesen Bereich sind aktuell 55 Betten in den Niedersächsischen Krankenhausplan aufgenommen. Im Zuge der geplanten Maßnahme soll u. a. dieser Bereich um 20 Betten ausgeweitet werden.

Baulich wurde der Ursprungstrakt der Waldklinik 1926 als Ausflugslokal erbaut. In den 40er Jahren wurde das Haus zu einem Lazarett umgewandelt und nach 1948 als Lungenheilstätte bis in die 1980er Jahre ständig erweitert und modernisiert. Seit Anfang der 90er Jahre wurde konsequent die Weiterentwicklung in die heutige moderne Fachklinik über 8 große Sanierungs- und Neubauvorhaben durchgeführt und die Klinik dabei mehrfach erweitert. Mit der vorgesehenen Maßnahme soll die Klinik um ein Bettenhaus (ca. 4 750 m² BGF) erweitert werden. Geplant ist ein vollunterkellertes Gebäude mit Erdgeschoss und 2 Obergeschossen, welches an das Bestandsgebäude westlich anschließen soll. Die Anbindung ist durch einen Verbindungsbau so vorgesehen, dass sich sinnvolle Stationskonzepte aus Neubau und Bestandsbauten ergeben können. Im Kellergeschoss sind Lager- und Funktionsräume für Mitarbeiter (z. B. Umkleideräume) geplant. Das Erdgeschoss soll weitgehend für eine eigenständige Krankenhausstation (17 Betten) vorgesehen sein, die eine bisher im nebengelegenen Bestandsbau bestehende 12-Betten Station ersetzt. Diese soll anschließend in einen Teil der Rehabilitationsstation D umgebaut werden. Durch die sensible Lage der Station ist hierbesondere Rücksicht auf den Krankenhausbetrieb zu nehmen. Auf der Station A werden die schwersten Frührehabilitationspatienten mit Monitor- und teilweise Beatmungserfordernissen untergebracht. Es sind dort Patientenzimmer mit zugehörigen Nebenräumen u.a. auch für das ärztliche und pflegerische Stationspersonal sowie für die auch dezentral erforderlichen Gruppen- und Einzeltherapiemaßnahmen zu schaffen.

Das 1. Obergeschoss des Anbaus soll für eine Erweiterung der bisherigen Krankenhausstation B um 20 Betten genutzt werden. Die neue Gesamtstation wird anschließend in 2 Stationsbereiche unterteilt (B1/B2). Hier werden „Intermediate Care-Patienten“ (inkl. Monitoring und Normalpatienten) der Frührehabilitation untergebracht. Der Nebenraumbedarf ist ähnlich wie im Erdgeschoss. Im 2. Obergeschoss sind Flächen für die Erweiterung des Rehabilitationsbereiches der Phase C (Station C) um 18 Betten geplant. Auch hier wird anschließend eine Aufteilung der neu gewonnenen Gesamtstation vorgenommen und besteht ein ähnlicher Nebenraumbedarf wie in den unteren Geschossen.

Das Grundstück weist einen erheblichen Geländeversprung im geplanten Baufeld auf, in dem noch Versorgungsleitungen liegen, die umzuverlegen sind.

Ein vom Sozialministerium genehmigtes Raumprogramm (Stand 19.08.16) für die geplante Erweiterung liegt vor und soll als Maßgabe für den Entwurf dienen.

Durch das Architekturbüro Sluyterman von Langeweyde aus Bendestorf wurde eine bauliche Zielplanung erstellt. Diese Unterlage wird allen Teilnehmenden, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt. Das Büro ist von der Teilnahme an dem Verfahren nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die planungsbegleitende Beratung mit der OFD zur Erstellung der baufachlichen Antragsunterlagen (FA-Bau) ist zeitlich nah nach Vertragsabschluss geplant. Die Fertigstellung ist für 2020 geplant.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH unterstützen und beratend begleiten. Die Öffnung der Bewerbungen und Angebote wird durch das Büro D&K drost consult GmbH stellvertretend übernommen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 45

Qualitätskriterium - Name: Kundendienst / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 15

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 490 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 48

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/ -anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI eingereichten 2 Referenzprojekte. Mindestens ein Projekt muss innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Als zweites Projekt ist auch ein Projekt zugelassen, das erst mit der Leistungsphase 4 abgeschlossen ist. Gewertet werden nur die Projekte, die in diesem vorgegebenen Zeitraum bearbeitet wurden.

Die Auswahl erfolgt jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-5 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-3 Punkte) sowie der Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit beiden Referenzen zusammen maximal 26 Punkte erreicht werden.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Aufgrund der Komplexität der Bauaufgabe sowie verlängerter Antragsfristen vergleichbarer Baumaßnahmen, wird der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren auf einen Betrachtungszeitraum von 6 Jahren erhöht.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
Leistungsphasen 5 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI,
Anlagengruppen 1 bis 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch festzulegenden Stufen).

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die Abgabe einer Einheitlichen Europäischen Erklärung (EEE) wird mit den nachfolgend spezifizierten Erklärungsinhalten akzeptiert. Die Vergabestelle behält sich vor, die jeweils geforderten bzw. von den Eigenerklärungen erfassten Unterlagen und Nachweise jederzeit nachzufordern.

Mit dem TN-Antrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen (Vordruck);
- Anlage 1B: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes (Vordruck);
- Anlage 1D: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck); die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert;
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.2. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Anlage 3A1-3A2: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung (in Kopie) sowie Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (Studiennachweis) für die Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI;
- Anlage 3B1/3B2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI (siehe II.2.9) sowie III.1.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen: siehe I.3

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

Die Bewerbung ist in einem als TN-Antrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Der einzureichende TN-Antrag ist nur mit der originalen Unterschrift eines unterschreibungsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden, mind. 500 000 EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400 000 EUR (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert je Leistungsbereich erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI;

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen:

Für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Ingenieurwesen (mindestens FH).

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: Mindestens ein Projekt muss innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Als zweites Projekt ist auch ein Projekt zugelassen, das erst mit der Leistungsphase 4 abgeschlossen ist.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 bzw. Leistungsphase 4 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276) und der Nutzfläche, der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ Arge-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die 2 vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015).

Für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Bereich HLS sind mind. 2 festangestellte Ingenieure/-innen bzw. Absolventen für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Bereich ELT sind mind. 2 festangestellte Ingenieure/-innen bzw. Absolventen für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

(E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlich geförderten Bauvorhaben oder öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/-in für die Leistungen gem. § 55 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/11/2016

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://drost-consult.de/de>

Hier sind die Bewerbungsunterlagen für die ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform veröffentlicht:

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht. Der Bewerber ist verpflichtet, sich über ggf. veröffentlichte Fragen und Antworten selbstständig zu informieren.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsaufforderung 49. KW 2016; Einreichung der Honorarangebote 02. KW 2017;
Verhandlungsgespräche 04. KW 2017.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung
Lüneburg-
Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Fax: +49 04131152943
Internet-Adresse:<http://www.mi.niedersachsen.de>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung
Lüneburg-
Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Fax: +49 04131152943
Internet-Adresse:<http://www.mi.niedersachsen.de>

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung
Lüneburg-
Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Fax: +49 04131152943
Internet-Adresse:<http://www.mi.niedersachsen.de>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
13/10/2016